

Bürgermeisterin will keinen Einfluss nehmen

Gütersloh (din). Kurz und knapp hat Bürgermeisterin Maria Unger gestern im Hauptausschuss Fragen der BfGT zu den Vorgängen bei der Sparkasse beantwortet. Ihre Aufgabe sei es, als Beanstandungsbeamtin die Rechtmäßigkeit von Beschlüssen des Verwaltungsrats zu kontrollieren. Gegenüber dem Vorstand habe sie keine Weisungsbefugnis, betonte Maria Unger. An diese Regelung habe sie sich immer gehalten, und sie werde sie „auch jetzt nicht überschreiten“.

Zu den Schreiben, die sie unlängst von den Sparkassen-Pro-

zessgegnern Dieter H.W. Lohmann, Reinhard Diekmannshenke und Hedwig Reckendrees bekommen hatte, sagte Unger, sie könne die darin aufgeworfenen Fragen nicht beantworten. Sie habe das Gespräch mit dem Sparkassen-Vorstand und dem Verwaltungsrat gesucht und um eine Stellungnahme gebeten. Nach den bisherigen Äußerungen entbehrten die Vorwürfe („Lustreisen“, Vorzugskredite an Verwaltungsratsmitglieder; Anm. d. Red.) „jeder Berechtigung“. Die bis heute nicht belegten Anschuldigungen seien „erkennbar ge-

zielt verbreitet worden, um auf Entscheidungen der Gremien der Sparkasse Einfluss zu nehmen“. Von wem, das ließ die Bürgermeisterin offen. Dieses bewusste Vorgehen schade dem Ansehen der Sparkasse und aller Personen, die für die Sparkasse seit Jahren in der Verantwortung stünden. Maria Unger: „Es wird deshalb mit Nachdruck zurückgewiesen.“

Unterdessen wies Sparkassen-Sprecher Dr. Stefan Brieske darauf hin, dass nach dem Sparkassengesetz die Zweckverbandsversammlung die Bestellung eines Vorstands zwar genehmigen müs-

set, aber das Abberufen eines Vorstands, im aktuellen Fall beider Vorstände, allein Sache des Verwaltungsrats sei. Damit könnte die Zweckverbands-Versammlung die Entscheidung von Freitagabend nicht revidieren. Der Verwaltungsrat hatte überraschend beschlossen, die Ende des Jahres auslaufenden Verträge der Vorstände Eckhard Heitlage und Hans-Hermann Kirschner beide nicht zu verlängern.

Der Verwaltungsrat will, wie gestern berichtet, am 22. Februar erneut zusammenkommen, um über Konsequenzen zu beraten.